



Protokoll

27. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 12. November 2012, 18.30 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

Informationsblock über die Finanzplanung der Stadt Uster

Michael Honegger von swissplan.ch zeigt den Finanz- und Aufgabenplan bis 2016 auf. Nach einer Analyse der Ausgangslage und einem kurzen Rückblick werden die „Finanzpolitischen Ziele“ mit dem Finanzplan der nächsten Jahre verglichen. In den Schlussfolgerungen werden Zielerreichungsgrad und Korrekturmöglichkeiten aufgezeigt. Für Fragen stehen ca. 15 Minuten zur Verfügung.

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Postulat Nr. 551 des Ratsmitgliedes Jürg Gösken betreffend Verkehrskonzept
- 4 Antwort des Stadtrates auf die Interpellation Nr. 543 des Ratsmitgliedes Julia Amherd betreffend Ausbildungsplätze für Fachfrauen/Fachmänner Gesundheit (FaGe) und für Pflegefachpersonen HF/FH
- 5 Antrag des Stadtrates betreffend Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der Ustermer Vereine
(Antrag Nr. 143/2012)
- 6 Postulat Nr. 559 des Ratsmitgliedes Werner Kessler betreffend Seekiosk Niederuster
- 7 Motion Nr. 562 des Ratsmitgliedes Ursula Räuftlin betreffend Nachhaltige Wohn- und Mobilitätsformen - Anpassung der Parkplatzverordnung

Präsenz

Vorsitz	Walter Strucken, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Thomas Wüthrich Raoul Stöckle Martin Bornhauser, Stadtpräsident
Presse	Christian Brüttsch, AvU

Informationsblock

Ich begrüsse alle herzlich zum ersten Teil der heutigen GR-Sitzung. Insbesondere begrüsse ich unseren Referenten Herr Michael Honegger von der Firma Swissplan.ch. Er wird im Anschluss durch SR Werner Egli noch vorgestellt.

In diesem Weiterbildungsblock können wir einen Einblick in die Werkzeugkiste der Finanzverantwortlichen unserer Stadt werfen. Weil die Materie der Finanzplanung derart komplex ist, lässt sich der SR von aussen beraten. Mit was für Instrumente die Beratungsfirma den SR in seiner Arbeit unterstützt. Davon hören wir heute. Das Thema schien uns in der GL von allgemeinem Interesse, weshalb auch dieser Teil der GR-Sitzung öffentlich ist und damit begrüsse ich speziell die dazu erschienenen Zuhörer auf der Tribüne (nur sagen, wenn es überhaupt welche hat).

Das Wort hat Stadtrat Werner Egli.

*Sehr geehrte Damen und Herren vom Parlament, liebe Gäste auf der Tribüne.
Gerne stelle ich Ihnen Michael Honegger von der Firma Swissplan.ch aus Zürich vor.
Michael Honegger ist dipl. Experte in Rechnungslegung und Controlling. Er unterstützt und begleitet die Stadt Uster seit Mitte 2012 im Bereich der Finanz- und Aufgabenplanung. Seine Expertise und Unterstützung helfen der Finanzabteilung und dem Stadtrat die bereits vorhandene, sollende Finanz- und Aufgabenplanung zu erweitern und aktiver zu bewirtschaften.
Michael Honegger und seine Firma tragen bei, dass der Stadtrat zusätzliche Instrumente erhält, um das Unternehmen „Stadt Uster“ bezüglich Qualität der Planaussagen zu verbessern und damit die finanzielle Führung weiter optimieren zu können.
Die Swissplan verfügt über einen breiten Vergleich von Einzelabschlüssen zürcherischer Gemeinden. Dadurch können wir uns einen umfassenden Einblick in die finanzielle Situation von vielen öffentlichen Haushaltungen verschaffen und gleichzeitig unsere eigenen Zahlen entsprechend besser interpretieren.
Wir streben mit Swissplan eine längerdauernde Zusammenarbeit an.
Ich freue mich sehr, dass wir Ihnen heute Abend einen ersten Einblick in den Finanz- und Aufgabenplan bis 2016 verschaffen können. Dies als Einstimmung zur bald stattfindenden Budgetdebatte vom 3.12.2012.
Herr Honegger – herzlich willkommen bei uns in Uster.*

Es folgt die Präsentation von Michael Honegger.

Der Vorsitzende übernimmt nach deren Beendigung wieder die Sitzungsleitung.

*Zum ordentlichen Sitzungsteil dieser GR-Sitzung begrüsse ich alle herzlich.
Ich begrüsse die Kolleginnen und Kollegen vom GR, den Stadtrat, den Vertreter der Medien und die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne.*

Ich freue anzukündigen, dass wir heute einen ganz besonderen Besuch haben: es ist eine Vertretung der Schülerschaft aus dem Schulhaus Freiestrasse. Sie besuchen die GR-Sitzung, weil seit kurzer Zeit in diesem Schulhaus ein Schülerparlament besteht, welches auf der Basis von demokratischen Entscheidungsprozessen basiert. Die heute anwesenden Schülerinnen und Schüler sind Vertreterinnen und Vertreter ihrer Klasse.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Gusti Hofmann heute den Stimmzähler macht, weil Thomas Wüthrich abwesend ist.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

*Uster hat eines der kostengünstigsten Schulhäuser gebaut! Dies das Resultat der Studie der Stadt Zürich, welche die Kosten verschiedener Schulhäuser einem Vergleich unterzog. Endlich einmal bekamen wir vergleichbare Referenzzahlen, nämlich Baukosten pro Klasse, notabene von einem renommierten Ingenieurbüro erhoben. Mit 1.2 Mio. Franken pro Klasse rangiert das Schulhaus Oberuster auf Platz zwei der untersuchten Schulhäuser. Dieses Resultat freut mich ausserordentlich! Welche Schlussfolgerungen können wir aus der erwähnten Studie ziehen und möglichst beim Bau des Schulhauses Krämeracker anwenden? In der Studie wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass die Beizug von erfahrenen Architekten von Schulhausbauten in der Wettbewerbsjury ein entscheidender Faktor für das Tiefhalt der Baukosten sei. Ich hoffe, dass die Primarschule diesen Hinweis ernst nimmt damit wir auch beim Bau Krämeracker wieder ein ausgezeichnetes Kosten/Nutzen Verhältnis erreichen.
Und noch ein positives Wort, hinter dem ich stehen kann: Am 3. Oktober war in der NZZ im Zusammenhang mit dem Budget 2013 von Uster zu lesen: „Steigende Erträge bei sinkendem Steuerfuss zeigen, dass Uster erfolgreich ist, wächst und floriert“. Darauf können wir doch alle ein bisschen stolz sein und positiv in die Zukunft blicken!*

Mit meiner persönlichen Erklärung musste ich mal einen Kontrapunkt setzen zu all den in letzter Zeit gehäuft auftretenden ärgerlichen Vorkommnissen wie Einsprachen und anderen Verhinderungspraktiken zu den Themen Seerestaurant, Uster West und Hallenbad.

Marianne Siegrist, Gemeinderätin FDP

Ruedi Locher

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen
Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates*

*Die Gemeinderordnung vom 17. März 2009, also aus dem Jahre meiner Präsidialzeit, schreibt gemäss Art. 21, Absatz a vor, dass der Gemeinderat über Kredite bis höchstens Fr. 2,5 Mio beschliessen darf.
Höhere Kreditanträge unterliegen zwingend der Volksabstimmung.*

Ich habe in Folge einen Stimmrechtsrekurs gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. Oktober bezüglich des Antrag Nr. 139, Projektierungskredit Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz Uster, beim Bezirksrat Uster, eingereicht.

*Aus den parlamentarischen Diskussionen ging hervor, dass sowohl in der vorberatenden Sachkommission sowie auch in der RPK die Frage der Kredithöhe diskutiert wurde. Eine freiwillige Unterstellung wurde angeblich verworfen. Beide Kommissionen haben dem Kreditantrag zugestimmt.
- Die Zusatzanträge waren damals nicht bekannt.*

Erst zu Sitzungsbeginn sind die zwei neuen Anträge vorgelegen. Die Diskussionen in den Kommissionen, in den Fraktionen und in den Parteien waren inhaltlich somit unvollständig. Eine für Hallenbäder nicht existierende Minergie-P-Eco Norm, eine Wärmekraftkoppelungsanlage, Sonnenkollektoren an Fassaden und Decken, und zuguterletzt ein dem 3-Bäder Konzept sich

widersprechende Vergrösserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit wurden beantragt und aufgenommen.

Alles ohne Kostenfolge.

Sogar die sachlich gut begründeten Einwände der verantwortlichen Stadträtin, Frau Esther Rickenbacher, diese Anträge zurückzuziehen, wurden in den Wind geschlagen. Man konnte meinen, dass bei der damaligen Stimmenkonstellation jedwelche Art von Anträgen vom Gemeinderat gutgeheissen worden wäre.

Man verwies auf ungenannte Reservepositionen.

Geschätzte Anwesende, im Antrag Nr. 139 sind keine Reserven aufaddiert.

Alleine die explizite Nennung von Reserven von nur Fr 100'001.-, ohne die Zusatzanträge, hätte klar aufgezeigt: Volksabstimmung.

Ich möchte an dieser Stelle erinnern, wie einfallsreich und kreativ sich die Verantwortlichen bei den Begründungen von Kreditüberschreitungen jeweils erklären, jetzt ist es umgekehrt.

Die Diskussion über ein Ja oder Nein zum geplanten Hallenbadneubau hätte bereits jetzt stattfinden können oder müssen. Ein Ja zum Projektkredit sollte auch ein Ja zum Baukredit erwarten lassen. Dem ist jetzt vielleicht nicht so.

Das jetzige Projekt könnte weit höhere Kosten hervorzeigen, nämlich solche über 30 Mio, über 35 Mio, ja bis gegen 40 Mio. Sollte dannzumal das Ustermer Stimmvolk in einem nicht mehr so euphorischen Konjunkturzyklus das Grossprojekt „Regionales Hallenbad“ ablehnen, sind die ganzen 2,5 Mio Franken Planungsgelder verloren.

Vielleicht würde eine einfache Verdoppelung der Wasserfläche mit weit geringeren Kosten den Souverän auch überzeugen?

Das Hallenbad Uster hat eine Geschichte, umsomehr ist ein äusserst sorgfältiger Umgang, schon ab der Planungsphase angesagt.

Die Beschlussfassung über diesen Projektkredit war für mich eine beispielhaft undemokratische Haltung gegenüber den Rechten des Ustermer Stimmvolkes.

Dagegen habe ich als Stimmbürger recurriert.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Rudolf Locher

Werner Kessler

Werte Kolleginnen und Kollegen

Werte Damen und Herren

Diese Weisung des Stadtrates zur Volksabstimmung vom 25. November hat nichts mit Sachlichkeit zu tun sondern erinnert mich eher an eine Kampfschrift der JUSO aus den 70er oder 80 Jahren.

Da liegt eine negative Beeinflussung der Stimmberechtigten durch den Stadtrat vor, die an Unsachlichkeit und Polemik schon fast nicht mehr zu überbieten ist.

Diese Weisung ist für die Stimmberechtigten langatmig, schwer verständlich und enthält unwahre Behauptungen bezüglich Verkehrschaos. Zudem gibt es verwirrlige Angaben über bauliche Massnahmen inklusive Kosten, auch Plandarstellungen werden unterlassen.

Gerne erinnere ich den Stadtrat an seine Pflicht mit gesetzlicher Regelung :

Keine Verfälschung der Willensbildung, das heisst objektive und faire Information, hohe Anforderung an die Vollständigkeit, also keine lückenhafte Information sowie eine Darstellung von einem unparteiischen Standpunkt aus.

Nach dem Rüffel des Bezirksrates zur inakzeptablen Verzögerung der Initiative von über 2 Jahren durch den Stadtrat haben wir vom Komitee eigentlich mit einer vernünftigen Weiterbehandlung gerechnet und wurden mit dem stadträtlichen Weisungstext wieder für dumm verkauft.

Doch diesmal wird es mit der eingereichten Stimmrechtsbeschwerde für den Stadtrat Folgen haben, dies betrifft auch Herr Ulmann, der ja bereits Erfahrung mit der Absetzung einer Volksabstimmung hat, wie 1982 zur Fussgänger- und Radwegunterführung Gschwaderstrasse.

Stadtrat Thomas Kübler verlangt das Wort. Er verwehrt sich namens des Stadtrates mit Nachdruck, dass diese Weisung falsche und unwahre Behauptungen veröffentlichen soll. Die tendenziösen Falschinformationen des Komitees aber, insbesondere was die Kostenfrage betrifft, hat den Stadtrat dazu veranlasst, die Kosten nochmals auseinanderzunehmen und darzulegen. Dies ist sicher nicht einfach zu lesen für den Stimmbürger. Der Stadtrat geht davon aus, dass der Stimmrechtsrekurs abgewiesen wird, es der Bezirksrat also auch so sieht wie der Stadtrat.

Fraktionserklärungen:

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

„Goldlabel um vier Punkte verpasst“ – war am letzten Mittwoch im Anzeiger von Uster zu lesen. Uster hat sich bemüht, das Goldlabel als Energiestadt zu erreichen, doch nur 71 statt der erforderlichen 75 Prozent der Massnahmen umgesetzt. Wer den Artikel las, konnte den Eindruck gewinnen, es sei eine knappe Angelegenheit gewesen. Wir Grünen sehen das anders.

Um beim AvU-Artikel zu bleiben: Da steht, dass Uster bei der Energiereduktion Vorbild sein will und das Schulhaus Oberuster ein „gelungenes Beispiel“ dafür sei, da es im Minergiestandard errichtet wurde.

Minergie als Vorbild? Das war gestern. Minergiebauten sind heute beinahe schon standard. 2012 bauen Vorbilder nach Minergie-P und nutzen die Sonnenenergie auf dem Dach. Das alles fehlt beim Schulhaus Oberuster. Das Schulhaus verfüge über ein ausgeklügeltes Energiesystem, stand weiter im AvU. Ich erinnere mich an den letzten Elternabend. Ein anderer Vater und ich versuchten zur fortgeschrittenen Stunde, die Computer im Klassenzimmer auszuschalten. Wir staunten nicht schlecht, als sich die Computer nach wenigen Sekunden von selbst wieder einschalteten. Auch dem anderen Vater war es unmöglich, die Computer auszuschalten – obschon er als Informatiker vom Fach ist. Wahrlich ein ausgeklügeltes „Energiesystem“.

Das Schulhaus Oberuster ist für uns Grüne Sinnbild dafür, wie die Stadt sich darum bemüht, den Energieverbrauch zu reduzieren und das von diesem Rat beschlossene Goldlabel zu erreichen: Eben, man bemüht sich, man strengt sich an.

Das Goldlabel als Energiestadt wird einer Gemeinde nicht einfach geschenkt. Wer als Vorbild gelten will, muss die Reduktion des Energieverbrauchs verinnerlichen und sie täglich leben.

Beispielsweise mit dem Energieplan, den der Stadtrat Uster letzte Woche präsentierte.

Beispielsweise mit Vorstössen der Grünen, die in den letzten Jahren im Gemeinderat zu oft keine Mehrheit fanden.

Beispielsweise mit Vorstössen, wie sie auch für heute Abend wieder traktandiert sind.

Wir Grünen laden Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, ein, diese Vorstösse zu unterstützen. Damit Uster in vier Jahren bei der nächsten Beurteilung als Energiestadt das Goldlabel auch tatsächlich verdient. Damit Uster dem Ziel, Vorbild zu sein, ein, zwei Schritte näher kommt. Damit Uster sich nicht bloss bemüht, sondern zeigen kann, dass es die Energiereduktion tatsächlich lebt.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Ursula Räuftlin

Sehr geehrter Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

„Goldlabel um vier Punkte verpasst“

Aus einem Artikel des Anzeigers von Uster mussten wir am 7. November entnehmen, dass die Stadt die Erreichung des Goldlabels als Energiestadt nicht erreicht hat. Die GLP/EVP/CVP-Fraktion ist sehr enttäuscht über dieses Ergebnis des Reaudits.

Die Zielsetzung, das Goldlabel anzustreben, geht auf einen Vorstoss von Benno Scherrer Moser zurück und wurde vom Rat einstimmig unterstützt. Die Stadt scheint zwar auf gutem Wege, aber hinkt dem Goldstandard offenbar immer noch leicht nach und in Anbetracht, dass sich die Kriterien weiter erhöhen werden, wird es zukünftig nicht einfacher. Sollte gar die Siedlung Eschenbüel im Zuge der Kulturlandinitiative wieder wegfallen, so dürften gar die Lorbeeren, bzw. die Labelpunkte für eine fortschrittlichere Siedlungsplanung verloren gehen.

Deshalb begrüssen wir es, dass der Stadtrat mit dem neuen Energiekonzept weitere Fortschritte macht und hoffen, dass wir dank eines energetische vorbildlichen neuen Hallenbades ebenfalls Boden gut machen werden. Dies alleine wird aber nicht genügen, weshalb ich Ihnen ans Herz legen möchte, die diesbezüglichen Vorstösse heute zu unterstützen.

Einerseits werden mit der Motion von mir, Siedlungsprojekte wie das Eschenbüel auch im kleineren Rahmen noch einfacher realisierbar und andererseits werden mit dem Postulat für ein Verkehrskonzept die Voraussetzungen geschaffen, öffentlichem und individuellem Verkehr clever kombinieren zu können.

Es ist wie im Sport: Einfach nur dabei sein genügt nicht. Um Gold zu erreichen braucht es mehr Effort und Einsatz um die anderen zu überragen. In dem Sinne, strengen wir uns weiter an und lassen nicht locker, im nächsten Reaudit reichts dann hoffentlich zum gewünschten Gold.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die Aktenauflage. Er verweist insbesondere auf die Foto-CD des Tages der offenen Türe. Diese liegt ab Mittwoch in der Aktenauflage mit einer Liste, in der man sich eintragen kann, wenn man die CD mitnimmt.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 26. Sitzung des Gemeinderates vom 24. September 2012 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Postulat Nr. 551 des Ratsmitgliedes Jürg Gösken betreffend Verkehrskonzept

Der Postulant referiert.

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Uster sollte seine Verkehrspolitik wieder stärker in die eigenen Hände nehmen. Die Herausforderungen sind seit Jahren sehr gross und werden noch weiter zunehmen. Was erfreulicherweise bei der Entwicklung fürs neue Stadtzentrum aufgegleist wurde, nämlich eine Auslegeordnung zu erarbeiten und einen Masterplan fürs entwickelbare Gebiet vorzubereiten, fehlt in Verkehrsfragen komplett – sowohl beim motorisierten Individualverkehr, als auch beim öffentlichen Verkehr.

In Verkehrsfragen scheint man die Entscheidungen an den Kanton, bzw. an den ZVV abgegeben zu haben und ist in der Folge von dessen Priorisierungen und Lösungswegen abhängig.

Auch wenn der Kanton letzten Monat schliesslich ja zur Strasse Uster West gesagt hat, bleibt es unabhängig vom weiteren Rechtsweg unklar, wie der Verkehr zwischen Riedikon und Zürichstrasse schlussendlich geregelt werden wird, bzw. wie es die SP im Kantonsrat formulierte, fehlt ein Verkehrskonzept für Usters Süden.

Auch falls die Ustermer Ende Monat eine Unterführung Winterthurerstrasse projiziert haben möchten, wird es bis zum Vorliegen eines konkreten Bauprojektes einige Fragen zu klären geben. Immerhin forderte die SVP im Kantonsrat so etwas gar in den kantonalen Richtplan aufzunehmen. Auch hier würde der Kanton faktisch das letzte Wort haben.

Ähnlich sieht's beim öffentlichen Verkehr aus: Eine Verdichtung des S-Bahn-Fahrplans ist absehbar, aber hat auch Auswirkungen auf die Durchlässigkeit der Bahnübergänge, auf die Anbindung an ein verdichtetes Stadtzentrum und auf die Leistungsanforderungen ans Busnetz. Auch für Zukunftsvisionen einer Anbindung an die Glattalbahn oder eine Doppelspur bis Wetzikon wären Eventualraumplanungen frühzeitig nötig.

Das heutige Busnetz stösst an seine Leistungsgrenzen und orientiert sich mit seinen historischen Rundkursen eher an dörflichen Bedürfnissen, als mit leistungsfähigeren Durchmesserlinien bessere Anschlüsse an die S-Bahn sowie bessere Vernetzung innerhalb Usters zu ermöglichen.

Die Aufzählung von Beispielen möchte ich an dieser Stelle abbrechen. Egal, ob man nun für oder gegen einzelne Massnahmen ist, wenn sich Uster in der Verkehrspolitik zunehmend in regionale, kantonale und gar nationale Abhängigkeit begibt, wird es zunehmend schwierig schlussendlich auch massgeschneiderte Lösungen für die Bedürfnisse Usters realisiert zu erhalten. Vielmehr wird man auf übergeordnete Entscheide reagieren müssen, bzw. allfällige Nachteile ausbügeln müssen.

Das vorliegende Postulat Verkehrskonzept fordert im Wesentlichen eine Auslegeordnung für die absehbaren und möglichen Verkehrsprojekte zu erhalten und deren gegenseitige Beeinflussung aufzuzeigen. Damit können frühzeitig eigene Bedürfnisse aufgezeigt und übergeordnete Projekte optimiert und mit geeigneten flankierenden Massnahmen frühzeitig kombiniert werden, damit die Lösungen schlussendlich für Uster so gut wie eben möglich stimmen.

Oder in den Worten, die ich kürzlich dem Anzeiger von Uster von Kollege Hans Keel entnehmen durfte:

„Keel fände es gut, wenn über die Parteigrenzen hinweg über Verkehrskonzepte diskutiert werden könnte. ... und hätte dann auch eine gewisse Garantie dafür, dass bei der Umsetzung neuer Schritte, alle am gleichen Strick ziehen.“

Schöner hätte ich's auch nicht sagen können. – Ich danke.

Jürg Gösken

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und ersucht den Rat, dieses nicht zu überweisen. Uster besitzt ein langjähriges und demokratisch erarbeitetes Verkehrskonzept. Zudem ist der kantonale Verkehrsrichtplan und der regionale Verkehrsrichtplan zu beachten. Der Stadtrat hat mit Antrag an den Gemeinderat im 2010 ein Verkehrskonzept unterbreitet, das insbesondere auch das Buskonzept berücksichtigt. Es wäre im Übrigen sinnvoller, wenn alle Ustermer Kantonsratsvertreter in Zürich für Uster alle am gleichen Strick ziehen würden. Das ist leider nicht der Fall. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn Hans Keels Wunsch umgesetzt werden könnte, dass alle am gleichen Strick ziehen sollten. Ein neues Verkehrskonzept ändert aber nichts daran. Es wäre nur ein neues Papier. Betreffend Zuständigkeiten im ÖV kann Uster im Übrigen auch nichts ändern. Er ersucht den Gemeinderat, den Stadtrat und die Verwaltung von dieser unseeligen Arbeit zu entlasten.

Cla Famos

Sehr geehrter Gemeinderatspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Die Freisinnige Fraktion lehnt das Postulat ab. Es ist unnötig. Der Stadtrat muss und wird gemäss der Diskussion in diesem Rat am 7. September 2009 auch in Zukunft periodisch über Verkehrsprojekte und über seine Verkehrsstrategie informieren. Wir diskutieren hier im Rat regelmässig über Verkehrsfragen. Hieraus nun noch eine „Tradition“ zu machen, wie der Postulant fordert, ist überflüssig.

Es wäre im Übrigen sinnvoller, wenn alle Ustermer Kantonsratsvertreter auch wirklich in Zürich für Uster am gleichen Strick ziehen würden. Das ist leider nicht der Fall. Gerade die Grünliberalen haben im Kantonsrat – zusammen mit den Grünen – die kantonalen Verkehrskonzepte gerade zum Beispiel in Uster West torpediert. Das führt nur dazu, dass Usters Bedürfnisse ständig auf der Strecke bleiben oder zumindest stark verzögert werden.

Viel wichtiger als ein sogenanntes „zukunftsweisendes Verkehrskonzept“ ist eine konkrete Verkehrsplanung. Das erwarten wir natürlich auch weiterhin vom Stadtrat.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Nein zum fussgängerfreundlichen Zentrum, Absage für Tempo 30 und keine Lösung für die zahlreichen Bahnschranken – die Vergangenheit der Ustermer Verkehrspolitik ist fürwahr kein Ruhmesblatt. Allzu oft hat der Stadtrat in den vergangenen Jahren bei der Verkehrspolitik die interessierten Kreise zu spät miteinbezogen. Heute erscheint die Ustermer Verkehrspolitik weitgehend als Flickenteppich mit zahlreichen ungelösten Problemen. Die Weitsicht und das Visionäre sind abhandengekommen.

Der Wunsch nach einem Verkehrskonzept kommt da genau richtig. Die Grünen gratulieren zu diesem Vorschlag. Denn damit wird nichts Unmögliches verlangt, sondern vor allem eines: Transparenz! Wir wollen, dass der Stadtrat mit offenen Karten spielt und darlegt, welche übergeordneten Ziele er mit seiner Verkehrspolitik mittel- und langfristig erreichen will. Dadurch kann er zusammen mit dem Gemeinderat und anderen Akteuren der Ustermer Verkehrspolitik gemeinsam Massnahmen definieren und mit ihnen darauf hinarbeiten.

Wir versprechen uns aus mehr Transparenz in der Ustermer Verkehrspolitik mehr Erfolg bei den anstehenden Aufgaben. Und davon haben wir in unserer Stadt leider mehr als genug.

Patricio Frei

Fraktionspräsident Grüne

Jürg Gösken ergreift nochmals das Wort. Das bestehende Verkehrskonzept wurde dem Volk vielmehr ohne Zusammenhänge bzw. flankierende Massnahmen vorgelegt. Zu Uster West im Kantonsrat: es geht vielmehr darum, sich demokratisch dagegen zu wehren. Er befürchtet, wenn Uster West kommt, muss der Mehrverkehr irgendwie durch Uster Süd durchgehen, was wiederum Probleme gibt. Er hat zuwenig von der stadträtlichen Arbeit gesehen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 8 : 25 Stimmen

Das Postulat wird abgelehnt.

4 Antwort des Stadtrates auf die Interpellation Nr. 543 des Ratsmitgliedes Julia Amherd betreffend Ausbildungsplätze für Fachfrauen/Fachmänner Gesundheit (FaGe) und für Pflegefachpersonen HF/FH Interpellation 543

Die Interpellantin nimmt Stellung.

Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende

Als erstes möchte ich mich für die ausführliche Antwort des Stadtrates bedanken.

Dann möchte ich ein paar grundlegende Gedanken zur Antwort aufzeigen:

Zu lesen, dass es bereits heute schwierig ist Gesundheitspersonal zu finden hat meine Beobachtungen bestätigt. Die vorliegende Antwort zeigt auf, dass es den Verantwortlichen durchaus bekannt ist, wie wichtig es ist genügend junge Leute für die Ausbildung zu gewinnen, aber dass es auch eminent wichtig ist, die ausgebildeten Leute im Betrieb zu halten. Dazu gehören so wichtige Dinge wie etwa eine Kinderkrippe für erwerbstätige Eltern, Karrieremöglichkeiten für interessierte Pflegende und ein angepasstes Salär. Insbesondere Pflegende mit Zusatzaufgaben wie es z. B. die Begleitung von Auszubildenden darstellt, müssen ein entsprechend höheres Salär generieren. „Gute“ Arbeitsbedingungen sprechen sich sehr schnell herum- es gibt durchaus Langzeitpflegeinstitutionen im Kanton Zürich die eine Warteliste haben- nicht für künftige Bewohnerinnen oder Bewohner, sondern für ausgebildete Pflegende die dort arbeiten möchten.

Ein wichtiger Aspekt also, der „durch Mund zu Mund Propaganda“ lebt und nicht von der Onlinebewerbungsmöglichkeit. Wobei ich die Wichtigkeit dieser für die Facebook Generation keinesfalls unterschätzen möchte.

Dass die HF-Pflegeausbildung erst 2012 mit den Validierungsverfahren begonnen hat und die Grundausbildung für HF Pflege wahrscheinlich erst ab 2014 möglich wird, finde ich skandalös. Es ist mir trotz aller aufgezählten Gründe unerklärlich, wie es zu einer solchen Verzögerung kommen konnte. Zumal Ausbildungsplätze für die HF Pflege bereits seit 2008 geplant waren.

Das sich aber bereits Auszubildende in der Attestausbildung finden, obwohl diese Ausbildung erst seit 2012 im Kanton Zürich angeboten wird, lässt vermuten, dass lieber in kürzere und kostengünstigere Ausbildungen investiert wird, als in Diplomausbildungen. Es sind aber schlussendlich die diplomierten Pflegenden welche die Verantwortung tragen über den gesamten, vom KVG geforderten, Pflegeprozess einer Bewohnerin oder eines Bewohners.

Und ob es je einen FH Ausbildungsplatz in den städtischen Institutionen geben wird- steht in den Sternen aber nicht in der vorliegenden Antwort. Richtig ist, dass es weniger Leute braucht mit dieser Ausbildung. Aber nur Pflegende mit einem wissenschaftlichen Background liefern auch das notwendige Wissen einer evidenzbasierten Pflege- und dies wiederum steigert die Pflegequalität nachweislich.

Ich bleibe dran.

Julia Amherd

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Die Antwort des Stadtrates zur Frage der Ausbildungssituation in den Heimen der Stadt Uster ist sehr erfreulich.

Die Anzahl von Lernenden Fachfrauen/Fachmänner Gesundheit sowie Fachleuten Betreuung fällt sehr hoch aus im Vergleich zur Bettenzahl, bzw. im Vergleich mit anderen Heimen und Spitexorganisationen. Wir sehen damit, dass die Heime das Zepter in die Hand genommen haben um den Bedarf an Pflegepersonen zu sichern. Die Anzahl von Ausbildungsplätzen sowie selbstverständlich die Qualität der Ausbildung ist entscheidend für die Nachwuchsförderung und – Sicherung. Als Berufsberaterin kann ich ganz eindeutig sagen, dass die beiden Grundberufe FAGE und FAbE bei den weiblichen Jugendlichen zu den Traumberufen gehören. Menschen helfen, diese betreuen und unterstützen gehören zu den Hauptinteressenschwerpunkten bei Teenagerinnen und nach meiner Beurteilung auch zunehmend von männlichen Jugendlichen. Grundsätzlich mangelt es nicht an Interesse an diesen Berufen. In der Statistik der meistgewählten Grundberufe rangieren Fachfrau Gesundheit und Fachmann Betreuung auf Rang drei und vier!

Es freut mich ganz besonders, dass die Heime auch die neue Attestausbildung Assistent/Assistentin Gesundheit und Soziales ausbilden. Bei schulisch schwächeren Jugendlichen ist auch diese Ausbildung begehrt.

Dass die Ausbildung von Pflegefachleuten auf der Tertiärstufe erst im 2014 in Angriff genommen werden soll zeugt vom hohen Verantwortungsbewusstsein der Leitung. Dass die Ausbilder/innen zuerst ausgebildet werden sollen und dass nicht alles aufs Mal gemacht werden kann bei einem hohen Arbeitsdruck, ist einleuchtend.

Die Interpellation suggeriert, dass vieles im Argen liege. Die Übersicht zeigt nun auf, dass die Heime sehr gut auf Kurs sind, vor allem dann, wenn die Ausbildung der Pflegefachleute HF ebenfalls auf Volltönen laufen wird. Die zusätzlich aufgeführten Vorkehrungen um Personal zu halten, bzw. als attraktiven Arbeitsort wahrgenommen zu werden, sind zukunftsorientiert ausgerichtet und zeugen von einer vorausschauenden und innovativen Leitung der beteiligten Gesundheitsinstitutionen. Die Zunahme an pflegebedürftigen Menschen ist ein Fact. Dieser stellt eine riesige Herausforderung dar für unsere Gesellschaft als ganzes – wir alle sind gefordert. Nicht nur die Heime mit der Ausbildung von genügend Pflegepersonal!

Vielen Dank.

Marianne Siegrist, FDP Gemeinderätin

Stadträtin Esther Rickenbacher dankt den Sprechenden. Sie anerkennt, dass Julia Amherd nicht ganz zufrieden ist mit den städtischen Heimen. Die Stadt Uster erkennt auch die Wichtigkeit von Ausbildungsplätzen. Aber sie weist darauf hin, dass die Stadt einen Betrieb führen muss und das muss unter anderen Gesichtspunkten als nur rein politisch angeschaut werden. Wir haben keine reinen Ausbildungsbetriebe, es gibt hier auch Pflegebedürftige, die betreut sein wollen. Uster braucht dringend Pflegefachpersonal, nicht nur diejenigen mit einer langen teuren Ausbildung sondern auch Assistenzen usw.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Die Interpellation ist erledigt.

**5 Antrag des Stadtrates betreffend Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der Ustermer Vereine
(Antrag Nr. 143/2012)**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Gabi Seiler**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Anwesende*

Mit dem vorliegenden Antrag unterbreitet uns der SR einerseits den Bericht für die dreijährige Versuchsphase mit Bitte um Kenntnisnahme, andererseits soll der bisherige Versuch jetzt durch einen jährlich wiederkehrenden Kredit von CHF 250'000 bewilligt werden.

Gemäss Angaben im Antrag wurde der Hauptanteil der Fördergelder als wiederkehrende Beiträge gesprochen, für neun Beiträge wurde mit den entsprechenden Vereinen ein Leistungskontrakt mit einer Laufzeit von 4 Jahren ausgehandelt. Bis zum heutigen Tag waren die eingehenden Gesuche betragsmässig unter der maximalen Höhe von CHF 250'000.--.

Die KBK hat den Antrag an Ihren Sitzungen vom 10.9. und 29.10. besprochen, Stadtpräsident Martin Bornhauser und der Jugendbeauftragte Daniel Goldberg standen uns Rede und Antwort. Gemäss Daniel Goldberg gehen die meisten Gesuche und Berichte vollständig und fristgerecht ein, in einzelnen Fällen musste Zahlungen ausgesetzt oder gekürzt werden bis zur vollständigen Einreichung der Unterlagen. Dialog zwischen Stadt und den Vereinen wird seitens der Verwaltung als gut bezeichnet. Auch das Controlling innerhalb der Verwaltung funktioniert offenbar, sodass Doppelzahlungen an Vereine vermieden werden können.

Auf dem Antragsformular sind die Verwendungszweck der beantragten Gelder anzugeben, diese decken ein breites Spektrum ab, so u.a. für Trainerhonorare, Teamanlässe, Infrastruktur, Beiträge an Trainingslager, etc.

Nimmt man die Liste der in den Genuss von Zahlungen kommenden Vereine entsteht der Eindruck, dass Sportvereine bevorzugt werden. Gemäss Auskunft von Hr. Goldberg hat dies aber in erster Linie damit zu tun, dass Kulturvereine selten explizite Jugendförderung betreiben und somit auf diese Art von Fördergelder keinen Anspruch haben.

Auf die Frage was passiert, wenn die Anträge die CHF 250'000 übersteigen und/oder restlos durch Leistungskontrakte beansprucht würden, haben wir folgende Antwort erhalten: gemäss Richtlinien ist der Betrag pro Kopf bei CHF 100.--, dieser kann jederzeit nach unten angepasst werden, durch die in den Leistungskontrakten vereinbarten Kündigungsfristen von 1 Jahr kann die Umsetzung schnell erfolgen. Eine zweite Möglichkeit ist die Erhöhung des Kredites durch den GR.

Die Richtlinien werden seitens der Verwaltung im Moment als gut erachtet, eine Änderung oder Anpassung ist daher im Moment nicht angezeigt.

Die Kontinuität in der Zusammenarbeit mit den Vereinsverantwortlichen ist gemäss Daniel Goldberg auch nach seinem Weggang gewährleistet, da der neue Jugendbeauftragte seinen Job am 1.11. angetreten hat und durch Herr Goldberg jetzt noch wo nötig persönlich eingeführt werden kann. Abstimmung in der KBK war 8:0 für die Annahme des Antrages.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert ebenfalls **Gabi Seiler**.

Die Mitglieder der RPK haben diesen Antrag an ihrer Sitzung vom 5.11.2012 besprochen.

Stadtpräsident Martin Bornhauser und Daniel Goldberg in seiner Funktion als Jugendbeauftragter haben unsere Fragen zu diesem Antrag beantwortet.

Im Wesentlichen wurden noch folgende Fragestellungen diskutiert und beantwortet:

Die Frage ob ein nicht ausgeschöpfter Betrag auf das nächste Jahr vorgetragen werden kann wurde klar verneint, ausbezahlte Förderbeiträge die unter CHF 250'000 liegen belasten die jährliche Rechnung entsprechend weniger, die jährliche Obergrenze für die Auszahlung liegt bei CHF 250'000.

Die gesprochenen Beiträge rechnen sich grundsätzlich pro Kopf/Jugend-Mitglied, bei den grossen Vereinen mit Leistungskontrakten werden aber bei veränderten Mitgliederzahlen, die sich im Rahmen halten, als Grösse wurde von + / - 5 – 10 Mitglieder gesprochen, keine Anpassungen vorgenommen, sollte sich in einem Verein die Mitgliederzahl drastisch verändern, müsste selbstverständlich eine Überarbeitung des Kontrakts vorgenommen werden.

Auch innerhalb der RPK wurde nochmals die Frage aufgeworfen, ob nicht die grossen Vereine bevorteilt werden aufgeworfen. Daniel Goldberg gab zu bedenken, dass die Information bei der Lancierung dieser Fördergelder sehr breit gestreut wurde, grundsätzlich müsste jeder Verein in Uster Kenntnis davon haben. Nochmals Aktiv auf die Vereine zuzugehen um sie auf diesen Fördertopf aufmerksam zu machen ist aus Sicht vom Jugendbeauftragten der falsche Weg. Daniel Goldberg hielt nochmals fest, dass die aktuellen Richtlinien grundsätzlich gut sind und für 2013 keine Änderung vorgesehen ist, selbstverständlich werden diese im Rahmen der üblichen Überprüfung hinterfragt.

Martin Bornhauser informiert uns zum Schluss darüber, dass ausserhalb von Uster unser Modell mit Interesse verfolgt wird, gerade weil die Auszahlung nicht nach dem Giesskannenprinzip erfolgen. Die RPK hat mit einem Stimmenverhältnis von 7:1 dem Antrag zugestimmt.

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Ustermer Vereine fördern Kinder und Jugendliche, und dies in unzähligen Stunden unbezahlter Milizarbeit seitens der Betreuerpersonen. Dies ist eine Tatsache, die nicht gebührend genug gewürdigt werden kann!

In den Vereinen können die Kinder und Jugendlichen regelmässig ihren Bewegungsdrang ausleben, sie lernen, sich in einem Team zu integrieren, Regeln einzuhalten, sich anzupassen und Rücksicht aufeinander zu nehmen. Trainer, bzw. Gruppenführerinnen bei Pfadi oder CEVI werden oft zu wichtigen Identifikationsfiguren der Jugendlichen. In den Vereinen machen die Jugendlichen etwas Sinnvolles, sie fühlen sich wohl in einer Gruppe, dies ist gelebte Präventionsarbeit. Mit andern Worten: die akademischen Begriffe Integration, Sozialisation und Partizipation werden in den unterstützten Vereinen gelebt. Vereine stärken grundsätzlich die Wohn- und Lebensqualität unserer Stadt und leisten damit einen grossen Beitrag zur Identifikation unserer Jugend mit ihrer Wohngemeinde Uster.

*Von Vereinen wurde mir bestätigt, dass der Aufwand für die Beantragung der Fördergelder und für den Rechenschaftsbericht gut machbar sei. Im Rechenschaftsbericht muss zwingend angegeben werden, wofür die Gelder verwendet werden. Beispielsweise sind dies das Durchführen von Trainingslagern, Anschaffen von Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung von Coaches und Trainern, Zustupf an die Hallenmieten usw. Als weiter Punkt müssen die Trainings und Angebote **regelmässig** durchgeführt werden damit die Fördergelder bewilligt werden. Diese erwähnten Kriterien sind ausschlaggebend, damit der Antrag von einer Mehrheit unserer Fraktion unterstützt wird.*

Die Stadt Uster nimmt aus der Vermietung der Hallen, d.h. Turnhallen der Primarschule, Stadthalle und Buchholz jährlich 227'000 Franken ein. Das heisst, fast gleichviel, wie wir den Vereinen mit diesem Antrag zusprechen.

Unsere Fraktion sieht aber auch Schwachpunkte am Konzept. Zum Beispiel kann der geforderte Kriterienkatalog kaum „gemessen“ werden. Zudem wird durch das Ausschütten von Pauschalbeiträgen an die grossen Vereine ein gewisses Giesskannenprinzip angewendet. Das Vorgehen mit 4jährigen Leistungskontrakten, welches Abhängigkeiten schafft, wird ebenfalls kritisiert.

Unserer Fraktion ist es wichtig, dass es in den nächsten Jahren keine Diskussion über eine Aufstockung des Betrags von 250'000 Franken geben darf! Im Falle, dass die Nachfrage nach Fördergeldern steigt, müssen kleinere Tranchen verteilt werden!

Mehrheitlich wird die FDP/JFU Fraktion den Antrag unterstützen.

Marianne Siegrist, FDP Gemeinderätin

Anita Borer

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Sehr geehrte Damen und Herren*

Vereine sind wichtig für unsere Gesellschaft. Sie tragen dazu zu bei, dass ausserordentliche Leistungen erbracht werden; Vereine schaffen Strukturen und ermöglichen vor allem auch jungen Mitgliedern, Lebenserfahrung zu sammeln und sich Fertigkeiten anzueignen, die für den Alltag und das Zusammenleben wichtig sind.

Um die Unterstützung von Vereinen geht es bei vorliegendem Antrag. Gerne führe ich nochmals die Geschichte dieses Anliegens vor Augen:

In einem 2008 vom Gemeinderat genehmigten Grundsatzpapier wurde festgehalten, dass „zur verstärkten Unterstützung von Vereinen, in denen Kinder und Jugendliche mitwirken, zusätzliche Mittel bereitzustellen“ seien. Als dann in einer Volksabstimmung Ende 2008 der Kredit von CHF 900'000 für einen dreijährigen Betrieb der Villa am Aabach abgelehnt wurde, beantragte die SVP-/EDU-Fraktion die Festsetzung eines neuen Wirkungs- und Leistungsziels. Damit wollte die Fraktion erreichen, dass die durch den ablehnenden Volksentscheid freigewordenen Mittel sinnvoll eingesetzt würden. Mit ihrem Antrag verlangte die SVP-/EDU-Fraktion konkret, dass die freigewordenen Mittel - unter Einhaltung bestimmter Kriterien - für Ustermer Vereine eingesetzt werden. Einstweilen für drei Jahre, damit anschliessend über die Weiterführung nochmals entschieden werden kann. Der Antrag wurde dannzumal einstimmig gutgeheissen.

Nun sind diese drei Jahre vergangen und wir stehen am Punkt, an welchem wir uns entscheiden müssen, ob das Konzept weitergeführt werden soll.

Das Fazit für die SVP-/EDU-Fraktion ist klar. Das Konzept, finanzielle Mittel gezielt für die Vereinsförderung zu nutzen, hat sich bewährt. Mit „gezielt“ ist gemeint, dass die finanzielle Unterstützung nicht nach dem Giesskannenprinzip geschieht, sondern dafür die Erfüllung von bestimmten Kriterien Voraussetzung ist. So müssen unterstützte Vereine die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen und auch gesellschaftspolitische Anliegen erfüllen. Dies sind aus Sicht der SVP-/EDU-Fraktion unverzichtbarer Aspekte, wenn für die Vereine finanzielle Mittel gesprochen werden.

Geschätzte Damen und Herren – die Stadt Uster gibt jährlich viel Geld aus. Es ist daher entscheidend, dass diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden. Wenn wir die Ustermer Vereine gezielt unterstützen, dann haben wir gut investiert. Denn das freiwillige, meist auch uneigennützige Engagement von Vereinsmitgliedern ist für unsere Gesellschaft sehr gewinnbringend und verdient grossen Respekt. Aus genannten Gründen empfiehlt Ihnen deshalb die SVP-/EDU-Fraktion, dem Antrag zuzustimmen.

Markus Wanner

Wir sind mit diesem Antrag zufrieden und unterstützen ihn. Die SP setzt sich stark für die Ustermer Vereine ein. Wir sind überzeugt, dass unsere Vereinsinitiative, die zwar vor einem Jahr abgelehnt wurde, dazu beigetragen hat, dass nun dieser Antrag, welcher von der KBK einstimmig genehmigt wurde, hoffentlich eine grosse Mehrheit im Gemeinderat findet. Zur Erinnerung: Die Gegner der Vereinsinitiative argumentierten damals u.a., dass die Vereine ja bereits unterstützt werden. Damit

war der dreijährig befristete Versuch gemeint, der nun mit diesem Antrag definitiv beschlossen werden kann.

Die Ustermer Vereine werden mit diesem Antrag finanziell sinnvoll unterstützt. Sie müssen gewisse Kriterien erfüllen in den Bereichen Partizipation, Sozialisation und Integration. Das sind, wie eine eigene kleine Blitzumfrage bei den Vereinen ergeben hat, und wie auch aus dem Antrag hervorgeht, nicht immer ganz einfache Kriterien, die verstanden und umgesetzt werden können. Ev. gibt es da noch Verbesserungspotential.

Wenn diese Kriterien erfüllt sind, werden die Vereine mit CHF 100.- pro Uster Jugendlichen unterstützt. Das ist je nach Verein ein willkommener Zustupf oder ein sehr wichtiger Bestandteil auf der Aktivseite der Vereinskasse. Das Hauptproblem in einem Verein sind zwar nicht die Finanzen, vielmehr die Schwierigkeit, Personen für zeitintensive, ehrenamtliche Tätigkeiten zu finden. Wenn aber ein Verein auf einem soliden finanziellen Fundament aufgebaut ist, werden die ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre entlastet und können sich besser auf ihre Kernaufgaben im Verein konzentrieren, und die Mitgliederbeiträge für Jugendliche bleiben auf einem vernünftigen, für die Mehrheit bezahlbarem Niveau.

Mit diesen Beiträgen werden alleine bei den vier grossen Sportvereinen Fussball, Handball, Judo und Unihockey die Jugendarbeit für rund 670 Jugendliche unterstützt, wenn man noch die Jugendorganisationen CEVI und Pfadi dazu nimmt sind es über 1'100 Jugendliche. Mit den wiederkehrenden Beiträgen von heute CHF 200'000.- wird in Uster die Vereinsarbeit für total 2'000 Jugendliche unterstützt, dies bei rund 4'300 Jugendlichen zwischen 7 und 18 Jahren, welche in Uster wohnen. Man kann also sagen, dass ein grosser Teil Jugendliche, indirekt durch die Vereine, unterstützt werden.

Das Kostendach beträgt CHF 250'000.-, das sind 0,3 Steuerprozent, für einen Steuerpflichtigen rund CHF 8.-, das ist für eine Stadt wie Uster angebracht, wenn auch an der unteren Grenze.

Dieser Kredit soll unbefristet bewilligt werden. Eine Befristung würde nur zu Unsicherheiten bei den Vereinen führen. Es werden ja nicht automatisch CHF 250'000.- an die Vereine ausbezahlt, sondern nur dann, wenn die Bedingungen erfüllt werden. Und falls dann die Nachfrage das Angebot übersteigt, kann der Gemeinderat jederzeit den Kredit anpassen.

Walter Meier

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Der Stadtrat beantragt einen wiederkehrenden Kredit zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der Ustermer Vereine. Die GLP / EVP / CVP – Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates. Dazu noch folgende Bemerkungen:

- *Die Versuchsphase darf als gelungen bezeichnet werden.*
- *Die Stadt Uster hat einmal mehr Pionierarbeit geleistet – statt mit dem Giesskannen-Prinzip wird gemäss den Kriterien Partizipation, Sozialisation, Integration das Geld verteilt. Dass dies bereits Nachahmer gefunden hat, spricht für das Erfolgsmodell der Stadt Uster.*
- *Mit dieser Form der Unterstützung können die Vereine das Geld dort einsetzen, wo es sie wirklich brauchen, für die Entschädigung von Trainern, Weiterbildung, Trainingslager, Infrastruktur usw. - und selbstverständlich auch für Hallenmieten.*
- *Diese Beiträge für die Jugendförderung sind symbolisch gesehen auch ein „Dankeschön“ der Stadt Uster an die Adresse der Vereine. Und diesen Dank haben die Vereine wahrhaft verdient.*

Walter Meier, GR

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

- 1. Der Bericht zur dreijährigen Versuchsphase «Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der Ustermer Vereine» wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Für die «Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der Ustermer Vereine» wird ab 01.01.2013 ein wiederkehrender Kredit in Höhe von jährlich 250'000 Franken genehmigt.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Postulat Nr. 559 des Ratsmitgliedes Werner Kessler betreffend Seekiosk Niederuster

Der Postulant referiert.

Werte Kolleginnen und Kollegen

Werte Damen und Herren

Einmal mehr bin ich auf die Strasse gegangen, um auch für das Referendum gegen die Verlegung der Busschleife Unterstützung zu suchen.

Und wieder kam ganz klar zum Ausdruck, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung ein Seerestaurant am Standort des Seekiosks will aber nicht die Rostlaube und vor allem nicht auf diese Weise, wie das der Stadtrat eingefädelt hat.

Wie in der Begründung zum Postulat formuliert, wird eine Aufwertung der Verpflegungsmöglichkeit mit einem erweiterten Selbstbedienungsbereich,

der mit der Rostlaube nicht gewährleistet wird, am Standort des Seekiosks gewünscht. Dazu stehen 2 konkrete Restaurantprojekte bereit, die eben diesem Wunsch mit Selbstbedienungsbereich entsprechen. Diese beiden Projekte könnten am Standort des Seekiosks problemlos realisiert werden, obwohl der Stadtrat jahrelang das Gegenteil behauptet hat und die Surferwiese ins Spiel und die Bevölkerung erst richtig in Rage brachte.

In einem Gesamtkonzept mit einem Projektwettbewerb mit dem Badirestaurant und der Besenbeiz können Möglichkeiten in Erwägung gezogen werden, dem breiten Wunsch der Öffentlichkeit nach einem richtigen Seerestaurant mit Terrasse am Standort des Seekiosks endlich Rechnung zu tragen. Dabei wird sich auch zeigen, dass die Buswendeschleife nicht verlegt werden sondern nur am bestehenden Standort ausgebaut werden muss.

Dieser Ausbau kann auf der gegenüberliegenden Seite des Seekiosks, respektive Uferweges, auf dem Land von Hanspeter Schärer, mit der Busstation realisiert werden. Diese knapp 300m² Land werden von Herrn Schärer grosszügig und kostenlos mit einer langjährigen Dienstbarkeit der Stadt zur Verfügung gestellt. Dieser Ausbau wurde von einem professionellen Strassenbauer für 70'000.— offeriert und spart der Stadt Uster über 400 000.-- .

Zudem könnte mit dieser Variante die „Hündelerwiese“ mit fast 2000m² Naherholungsgebiet und Kulturland frei gehalten werden.

Ich bitte Euch um Unterstützung des Postulats.

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und beantragt dem Gemeinderat, dieses abzuweisen. Das Postulat verlangt die Durchführung eines Projektwettbewerbs, was nach Ansicht des Stadtrates eh nicht postulatsfähig ist. Aber abgesehen davon, ist allen hier bekannt, was am See an Verpflegungsmöglichkeiten besteht und was zukünftig möglich ist. Das Projekt des Pavillon Nouvel ist bekanntlich am Verwaltungsgericht hängig, der Gemeinderat hat kürzlich den Antrag um Verlegung der Buswendeschleife mit 32 : 1 Stimmen gutgeheissen, das alles ist also auf gutem Weg. Das Postulat sollte nicht überwiesen werden.

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Was ich beim vorliegenden Postulat vermissem, ist der Miteinbezug einer Zeitmaschine, um circa fünf bis zehn Jahre in die Vergangenheit zurückzureisen, um damals mit einem Gesamtkonzept die Weichen richtig stellen zu können.

Da sich die Zeit aber bekanntlich nicht zurückdrehen lässt, sollten wir wenigstens heute das Richtige tun. Über Geschmack lässt sich gut streiten und zum Pavillon kann man so oder so stehen. Dennoch ist die Situation heute vereinfacht so, dass der Verein demnächst seinen Pavillon auf der Surferwiese aufstellen würde, wenn die Stadt nicht rechtzeitig bessere Alternativen bieten kann.

Das vorliegende Postulat soll der Stadt eine weitere Zeitverzögerung aufdrängen und geht von hypothetischen Handlungsalternativen aus, welche aber bereits seit Jahren abgelaufen sind.

Bei allem Verständnis dafür, dass man sich einen regulären Projektwettbewerb hätte wünschen können, die Zeit dafür ist vorbei und weitere Verzögerungen betrachtet unsere Fraktion als kontraproduktiv.

Mit der Ablehnung des Postulats sind wir einen Schritt weiter davon entfernt, die sehr beliebte Surferwiese zu verlieren und kommen einen Schritt näher, die gast-unfreundliche Situation am See durch eine gastfreundliche Lösung zu ersetzen.

– Ich danke.

Für die glp-EVP-CVP-Fraktion

Jürg Gösken

Ivo Koller

Sehr geehrter Herr Präsident,

Geschätzte Anwesende

Hätte Werner Kessler das Postulat vor 10 Jahren eingereicht, wäre ihm die Unterstützung unserer Fraktion wohl gewiss gewesen. Doch leider ist es in der Zwischenzeit zu der allseits bekannten und unsäglichen Geschichte zwischen der Stadt, dem Verein Pavillon Nouvel, verschiedenen Verbänden und Gerichten gekommen.

Der rechtliche Instanzenweg wird bald einmal beendet sein. Dem allgemeinen Vernehmen nach wird sowohl das Servitut als auch der Rekurs gegen die Baubewilligung nicht verhindern können, dass auf der Surferwiese gebaut werden darf. Das gilt es unter allen Umständen zu verhindern und gerade weil es die Surferwiese zu erhalten gilt, muss jetzt beim Kiosk Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Mittlerweile denkt zum Glück auch der Stadtrat so und kam zur, wenn auch späten, Einsicht, dass die Surferwiese nicht bebaut werden darf, wenn nebenan ein veraltetes Gebäude geradezu danach schreit erneuert zu werden. Der Antrag des Stadtrates zur Verlegung des Buswendeplatzes war die logische Schlussfolgerung daraus. Dass Werner Kessler den besagten Antrag als einziger im Rat ablehnte, ist bezeichnend. Obwohl jetzt die Chance besteht, dass die Surferwiese unbebaut bleibt und bald einmal ein Seerestaurant entsteht, bleibt Werner Kessler kompromisslos. Schade, denn anstatt Kompromisse einzugehen, wird auf stur gestellt und das Referendum gegen die Verlegung des Buswendeplatzes ergriffen.

Weiss Werner überhaupt noch, für was er genau kämpft? Ich habe damals seine viel zitierte Petition mit den 5'400 Unterschriften ebenfalls unterschrieben, weil ich die Surferwiese erhalten wollte. Dieses Ziel ist jetzt zum Greifen nah. Dass wir nun in den sauren Apfel beissen müssen und den Pavillon zu akzeptieren haben, ist zwar unschön und ärgerlich, doch der eigentlichen Sache dienlich.

Die Fehler von damals können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es gilt aus der heutigen Situation das Beste zu machen.

Werner's Postulat ist eine überflüssige Nebelpetarde und kommt zum völlig falschen Zeitpunkt. Es ist zu hoffen, dass bei der möglichen Referendumsabstimmung über die Buswendeschlaufe, welche ja genau dasselbe bezweckt wie dieses Postulat, dem Volk nicht ähnlich Sand in die Augen gestreut wird, wie es jetzt mit der Unterführung Winterthurerstrasse geschieht.

Besten Dank.

Ivo Koller

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Zwei Sätze, haben meine Fraktionskollegen mich ermahnt, zwei Sätze sollten für diese Wortmeldung reichen, was ich mit der richtigen Interpunktion auch schaffen sollte:

Wir Grünen begrüssen den Wunsch von Werner Kessler nach einem Gesamtkonzept für die Schiffflände, lehnen das Postulat wegen der Forderung nach Beibehaltung der Buswendeschlaufe am bisherigen Standort aber ab und behalten uns vor, zu gegebener Zeit die Forderung nach einem Gesamtkonzept erneut vorzubringen, da auch uns ein attraktiver Zugang zum See für alle am Herzen liegt.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 1 : 32 Stimmen**

Das Postulat wird abgelehnt.

**7 Motion Nr. 562 des Ratsmitgliedes Ursula Räuftlin betreffend
Nachhaltige Wohn- und Mobilitätsformen - Anpassung der Parkplatzverordnung**

Die Motionärin referiert.

*Sehr geehrter Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

In Uster ist seit einigen Jahren der Anteil der Autos pro 1000 Einwohner am Sinken. Viele Ustermer verzichten demnach auf ein eigenes Auto, wie dies generell als Trend in den Städten festgestellt werden kann. In urbanen Räumen ist man dank kurzen Wegen und gutem ÖV-Angebot auch autofrei mobil. Mit Mobility besteht zudem eine attraktive Alternative zum eigenen Auto.

Uster hat sich das Ziel gesteckt Energiestadt Gold zu werden. Zudem hat die Bevölkerung von Uster im November 2011 den Gegenvorschlag zur Initiative „Umweltschutz konkret“ angenommen. Damit wird die Stadt zur kontinuierlichen Reduktion des Energieverbrauches und zur kontinuierlichen Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Kopf verpflichtet. Als eines der Mittel, die zur Erreichung des Energiestadt-Gold-Labels beitragen, kann die Beschränkung der Parkplatzzahl als grundeigentümerverbindliches Instrument verwendet und damit gepunktet werden.

In der Stadt Uster regelt immer noch die Parkplatzverordnung vom 1. August 1992 die Erstellung privater Parkplätze. Diese Verordnung ist mittlerweile 20 Jahre alt und entspricht deshalb längst nicht mehr den aktuellen Rahmenbedingungen. Die kantonale Wegleitung, auf der die meisten Parkplatzverordnungen im Kanton Zürich basieren, wurde als Bestandteil des Massnahmenplans Lufthygiene überarbeitet und im Oktober 1997 publiziert, ist also eigentlich auch schon nicht mehr ganz frisch. Eine Aktualisierung der Parkplatzverordnung und Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen ist deshalb mehr als angezeigt.

Bisher legt die Parkplatzverordnung in einem grossen Teil der Stadt keine obere Grenze für die Anzahl Fahrzeugabstellplätze fest. Beim Bauen von Gebäuden ist zwar die Ausnützung der Parzelle für Wohnzwecke mit der Ausnutzungsziffer beschränkt, hingegen ist die maximale Zahl der Parkplätze nicht beschränkt. Bei der Begrenzung richtet sich die Anzahl der zulässigen Parkplätze nicht nach der Parzellenfläche, sondern nach den Wohnungen oder m²-Wohnflächen. Werden also beim nachträglichen Verdichten grössere Gebäude bzw. mehr Wohneinheiten auf die Parzellen gebaut, dürfen, auch wenn neu eine Maximalgrenze definiert wird, auch mehr PP dazu erstellt werden.

Zum anderen möchte ich die Vorschrift nach unten aufweichen, indem die Minimalvorgabe reduziert wird, da ich es nicht sinnvoll finde, wenn Parkplätze gebaut werden müssen, aber diese nicht genutzt werden. Wir schreiben auch niemandem drei Nasszellen in einer Wohnung vor. Man soll sich diese Baukosten durchaus sparen dürfen, so lange man die Parkplätze nicht benötigt. Es ist schade, wenn wir im Siedlungsgebiet unnötig Flächen versiegeln, die besser als Grünräume genutzt werden könnten. Mit der Reduktion der Anzahl Pflichtparkplätze in der Parkplatzverordnung sollen die Rahmenbedingungen geschaffen, um autofreie oder autoarme Siedlungen zu ermöglichen. Dadurch wird ein kinder- und familienfreundlicheres Wohnumfeld geschaffen und die Lufthygiene verbessert, was gesundheitlich der ganzen Bevölkerung zu Gute kommt. Die Reduktion der Pflichtparkplätze führt wie schon erwähnt auch zu Einsparungen bei den Baukosten. Geringere Baukosten führen zu tieferen Kaufpreisen oder Mietzinsen für die Bewohner von Uster.

Ich bitte Euch darum, diese Motion als einen Schritt auf dem Weg zur Energiestadt Gold zu unterstützen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Stadtrat Thomas Kübler führt namens des Stadtrates aus, dass dieser nicht bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Es ist richtig, dass die entsprechende Verordnung aus dem Jahr 1992 stammt, aber es ist nicht richtig, dass keine maximale Parkplatzanzahl ausgeschieden ist. Die Rahmenbedingungen werden angepasst: im Juli 2009 wurde die Anpassung des PBG in die Vernehmlassung geschickt, um kantonale Vereinheitlichungen herbeizuführen. Die Revision ist noch pendent, aber wird schon bald dem Kantonsrat unterbreitet. Es macht deshalb keinen Sinn, auf kommunaler Ebene eine Revision an die Hand zu nehmen, solange man nicht weiss, wie die kantonale Verheinheitlichung aussehen wird. Ausserdem bestimmt tendentiell der jeweilige Bauherr, wieviele Parkplätze er will. Er weist darauf hin, dass der Stadtrat das Anliegen auch als Postulat nicht entgegennehmen würde.

Christoph Keller

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne

Ich habe die Parkplatz-Verordnung aus dem Jahre 1992 studiert und kann im Gegensatz zur Motionärin nicht feststellen, dass diese Verordnung veraltet sei. Die Verordnung regelt klar wieviele Autoparkplätze und wieviele Veloabstellplätze bei einem privaten Bauvorhaben realisiert werden müssen. Dabei wird sogar zwischen einem Zentrumsperimeter und einem nicht-Zentrumsperimeter unterschieden. Eine durchdachte Sache also.

Die Motionärin fordert die Möglichkeit ein, dass autoarme Wohnsiedlungen gebaut werden können. Gemäss Artikel 4 der Verordnung ist es möglich von den Bedarfswerten abzuweichen. Nämlich auch nach unten. So können schon heute freiwillig 50 Prozent weniger Parkplätze in Siedlungen innerhalb der Zentrumszone A gebaut werden. Bauherren können somit freiwillig autoarme Siedlungen erstellen.

Ferner gilt es zu beachten, dass auch Mobility Fahrzeuge einen Parkplatz benötigen, wie auch Behindertenparkplätze nie verschwinden werden.

Ich frage mich generell wo man bei der Partei der Motionärin den liberalen Gedanken finden kann. Die Linken und Grünen führen schon seit jeher einen Glaubenskrieg gegen das Auto. Es gilt das Wort „liberal“ in grünliberal zu streichen, wenn man eine maximal zulässige Parkplatzzahl fordert. Dem Bürger wird die Möglichkeit einer Mischnutzung von Auto, Velo, Bahn und den Füßen verkleinert, wenn die Möchtegernliberalen mit dem grünen CO2-Argument dauernd auf dem Auto herumhacken. Nicht jeder Einwohner in der Stadt Uster hat die Zürcher Innenstadt als Zieldestination oder das Bedürfnis alle seine Tätigkeiten mit dem Velo zu erledigen.

Gerade das Velo verursacht im Zentrum sehr hohe negative Effekte. Sei dies durch die Möglichkeit einfach sein Velo gratis am Bahnhof abzustellen und dabei ein riesiges Chaos zu hinterlassen. Oder durch rücksichtsloses Fahren auf der Strasse und dem Trottoir, selbstverständlich ohne Helm. Auch im Interesse der Velofahrer sollte man solche Dinge zuerst klären. Bevor man ein bisher gut funktionierendes Gleichgewicht zwischen Auto- und Veloparkplätzen bei privaten Siedlungen stören will.

Die SVP-/ EDU-Fraktion sieht keinerlei Bedarf diese Motion zu unterstützen.

Christoph Keller, Gemeinderat Stadt Uster, SVP-/ EDU-Fraktion

Lucia Thaler

Liebe Ratskolleginnen und -Kollegen,

Geschätzte Anwesende,

Die aktuell gültige Parkplatzverordnung der Stadt Uster stammt aus dem Jahr 1992. Seit dem Inkrafttreten sind 20 Jahre vergangen. In diesen 20 Jahren hat sich einiges verändert. Der öffentliche Verkehr wurde ausgebaut und das Angebot verbessert. Daher sind die Ustermerinnen und Ustermer immer weniger auf ein eigenes Auto angewiesen. Immer weniger junge Leute

machen die Fahrprüfung. Es ist bequemer und oftmals sogar schneller, die täglichen Wege mit dem öffentlichen Verkehr zurückzulegen, ohne Zeit und Nerven im Stau zu verlieren. In einer Stadt wie Uster können viele Strecken mit dem Velo oder zu Fuss zurückgelegt werden, was nebenbei noch einen Fitnesseffekt hat. Das sind zuerst einmal die individuellen Vorteile von einem Verzicht aufs Auto. Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive überwiegen die Vorteile noch viel deutlicher. Der öV und Langsamverkehr verursachen weniger CO₂-Emissionen und beanspruchen die Verkehrsinfrastruktur geringer.

Diesen Entwicklungen und Überlegungen sollte mit einer Anpassung der Parkplatzverordnung Rechnung getragen werden. An dieser Stelle eine Replik auf meinen Vorredner [Christoph Keller]: Die Zahlen in der Parkplatzverordnung sind veraltet. So empfiehlt zum Beispiel der Schweizerische Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute VSS 1 Veloabstellplatz pro Zimmer bei Neubauten, während in der Ustermer PPV nur 2 Veloabstellplätze für Wohnungen mit über 3 Zimmern verlangt werden.

Die vorgeschriebene Anzahl Minimal- und Maximal-Parkplätze bei Neubauten soll reduziert werden, während gleichzeitig die Anzahl Veloabstellplätze erhöht werden soll. Bei Vorlegung eines Mobilitätskonzepts soll die Bauherrschaft die minimale Parkplatzzahl unterschreiten dürfen. Dadurch werden die eingesparten Kosten aus der Nicht-Erstellung von Parkplätzen stattdessen in Massnahmen zur Förderung einer umweltfreundlicheren Mobilität investiert. Zum Beispiel kann in der Miete einer Wohnung das öV-Ticket inbegriffen sein. In der Stadt Zürich wird dies erfolgreich angewendet. Immer mehr autoarme und autofreie Wohnsiedlungen werden realisiert.

Diesen Weg kann und soll Uster auch gehen; gerade im Hinblick auf den Nachhaltigkeitsartikel in der Gemeindeordnung. Daher unterstützen wir von der SP-Fraktion die vorliegende Motion zur Anpassung der Parkplatzverordnung.

Lucia Thaler

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Das Mobilitätsverhalten in der Schweiz ist in einem enormen Wandel. Dazu zwei Beispiele:

- 1. Noch 1994 besaßen über 70% der 18- bis 24-Jährigen den Führerschein. 2010 waren es nicht einmal mehr 60%. Immer weniger Junge wollen das Auto-Billet. „Autofahren ist heute nicht mehr so angesagt und modern wie früher“ – Dieses Zitat stammt nicht von einer Grünen Stammtischrunde sondern vom Leiter des Strassenverkehrsamts Rolf Grüniger. Die Rechnung ist schnell gemacht: Wer keinen Führerschein hat, besitzt in den seltensten Fällen ein Auto und benötigt folglich keinen Parkplatz.*
- 2. Von allen Frauen und Männern in Uster, die einen Führerschein besitzen, sind aktuell 940 Kundinnen und Kunden bei Mobility. Bei 12'356 Haushalten eine beachtliche Zahl. Diese 940 Mobility-Kundinnen und -Kunden teilen sich insgesamt 20 Fahrzeuge. Auch hier ist die Rechnung schnell gemacht: Wer sich ein Auto mit anderen teilt, besitzt in den seltensten Fällen ein eigenes Auto und benötigt folglich auch keinen Parkplatz.*

Diese beiden Beispiele zeigen eindrücklich, wie sich das Mobilitätsverhalten in der Schweiz verändert. Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs führt gerade in städtischen Agglomerationen dazu, dass die Bedeutung des Privatverkehrs abnimmt. Diese Entwicklung macht auch vor Uster nicht halt.

Usters Parkplatzverordnung aus dem Jahr 1992 mag den damaligen Gegebenheiten Rechnung getragen haben. Heute aber entspricht sie nicht mehr den Bedürfnissen. Die Vorschriften für Parkplätze sind teils störend und unsinnig. Zudem verteuern sie unnötigerweise Neubauten.

Die Grünen Uster unterstützen die Motion für nachhaltige Wohn- und Mobilitätsformen und laden alle ein, die mithelfen wollen, dass Uster als Energiestadt auf dem Weg zum Goldlabel einen Schritt weiter kommt, ebenfalls für diese Vorlage zu stimmen.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Matthias Bickel

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Die FDP/FJU-Fraktion wird die Motion nicht unterstützen. Zwar ist der Bau von autoarmen Siedlungen erstrebenswert, doch erkennt diese Motion die Realitäten.

Ein kurzes Telefonat an die Abteilung Bau hätte dann auch gezeigt, dass dieser Vorstoss als Motion - wie als Postulat - unnötig ist:

1) Die Parkplatzverordnung ist zwar aus dem Jahr 1992, doch hat sie sich bis heute bewährt. Im Zentrumsgebiet wird noch heute an den maximal zulässigen privaten Parkplätzen festgehalten und von einem Überfluss an Parkplätzen kann man generell nicht sprechen, so wie die Motionärin behauptet - im Gegenteil: es gibt Stadtgebiete, welche unter Parkplatzmangel leiden - zum Beispiel die Acker- oder Burgstrasse.

2) Ferner wendet die Stadt Uster die Wegleitung der Baudirektion des Kantons aus dem Jahre 1996 zur Regelung des Parkplatzbedarfs bereits an - vor allem auch im Rahmen grösserer Entwicklungsgebiete im Zusammenhang mit Umweltverträglichkeitsprüfungen. Die Planung Eschenbühl zeigt, dass man da Spielraum hat und diesen auch nutzt.

3) Seit Juli 2009 ist zudem ein Vorentwurf betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Zürich hängig. Dort geht es unter anderem auch um Parkieranlagen, denn die Bestimmungen über die Erstellung von Fahrzeugabstellplätze soll kantonal vereinheitlicht werden. Das Resultat der Vernehmlassung wird zur Zeit ausgewertet. Es macht daher überhaupt keinen Sinn, während dieser hängigen Gesetzesrevision auf kantonaler Ebene unsere kommunale Parkplatzverordnung in einem aufwändigen politischen Prozess zu ändern, welcher sicher noch in einer teuren Volksabstimmung gipfeln wird!

Für die FDP/JFU-Fraktion:

Matthias Bickel, Gemeinderat.

Uster, 12. November 2012.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 15 : 17 Stimmen

Die Motion ist abgelehnt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 3. Dezember 2012 statt.

Schluss der Sitzung 20.45 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Walter Strucken

Datum Die Stimmenzähler
Marianne Siegrist

Gusti Hofmann
(als Vertretung von Thomas Wüthrich)

Bruno Modolo